



IM FOKUS!

Mainz, 28.09.2026

Nr. 19/8

Die EU-Ratspräsidentschaft – Irlands Vorsitz im zweiten Halbjahr 2026

Am 3. September 2026 tagte der Ausschuss für Medien, Sport, Ehrenamt und Europa im Deutschhaus des Landtags. Anlässlich der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft war hierzu die **irische Botschafterin** in Deutschland, Maeve Collins, eingeladen. Wie inzwischen zur Tradition geworden, stellte sich damit eine Vertreterin des jeweiligen Vorsitzlandes den Fragen der Abgeordneten und erläuterte die politischen Schwerpunkte und das Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft¹. Seit seinem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1973 übernimmt Irland damit bereits zum achten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union – vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2026.

Der folgende Beitrag erläutert zunächst die Aufgaben des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union (I), stellt anschließend die politischen Schwerpunkte des irischen Vorsitzes (II) und zentrale europäische Dossiers des zweiten Halbjahres 2026 (III) vor und schließt mit einem Fazit (IV) zur Rolle der Ratspräsidentschaft.

I. Vorsitz im Rat der Europäischen Union

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union wird von den Mitgliedstaaten grundsätzlich für jeweils **sechs Monate wahrgenommen**. Während dieser Zeit leitet das vorsitzende Land die Sitzungen und Tagungen auf den verschiedenen Ebenen des Rates. Dazu gehören neben den Zusammenkünften der Ministerinnen und Minister zahlreiche Arbeitsgruppen und Ausschüsse. Die Ratspräsidentschaft übernimmt damit eine **zentrale koordinierende Funktion** und trägt wesentlich zur Organisation und zum Fortgang der Ratsarbeit bei.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Vorsitz bei den Verhandlungen mit den anderen EU-Institutionen, insbesondere dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, zu². Dies gilt vor allem für die sogenannten **Trilog-Verhandlungen**. In diesen informellen Verhandlungen versuchen Rat, Parlament und Kommission bei europäischen Gesetzgebungsvorhaben einen gemeinsamen Kompromiss zu finden. Gegenstand können beispielsweise Verordnungen oder Richtlinien sein. Während Richtlinien

¹ Vgl. das Sitzungsprotokoll des Ausschusses für Medien, Sport, Ehrenamt und Europa vom 03.09.2026 <<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/ausschuesse/mediena-3-19.pdf#page=15>> [Zuletzt geprüft am 17.09.2026].

² Vgl. „The presidency of the Council of the EU“, Rat der Europäischen Union, 07. August 2026 <<https://www.consilium.europa.eu/en/council-eu/presidency-council-eu/>> [Zuletzt geprüft am 31.08.2026].

grundsätzlich in nationales Recht umgesetzt werden müssen, gelten Verordnungen unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen ist zunächst eine **gemeinsame Position der Mitgliedstaaten im Rat**. Die Ratspräsidentschaft hat dabei die Aufgabe, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen und auf einen tragfähigen Kompromiss hinzuwirken. Gerade bei politisch sensiblen Vorhaben kann dies eine anspruchsvolle Aufgabe sein, da die Interessen und politischen Positionen der Mitgliedstaaten zum Teil erheblich voneinander abweichen.

In bestimmten Politikbereichen ist im Rat **Einstimmigkeit** erforderlich. Dazu zählen unter anderem wesentliche Bereiche der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Beitritt neuer Mitgliedstaaten sowie bestimmte Fragen der EU-Finanzen. In diesen Bereichen kann daher kein Mitgliedstaat überstimmt werden. Umso wichtiger ist die Fähigkeit der Ratspräsidentschaft, unterschiedliche Positionen auszuloten und Kompromissmöglichkeiten zu entwickeln.

Dass die Ratspräsidentschaft dabei nicht allein die Interessen des eigenen Landes verfolgen soll, ist auch institutionell angelegt. Das Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft wird eng mit den beiden Mitgliedstaaten abgestimmt, die den Vorsitz in den darauffolgenden zwölf Monaten übernehmen. Gemeinsam bilden sie den sogenannten **Dreiervorsitz**. Die Regelung wurde mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt.

Die drei aufeinanderfolgenden Ratspräsidentschaften formulieren gemeinsame langfristige Ziele und erarbeiten ein Programm für einen Zeitraum von 18 Monaten. Darin werden die wichtigsten Themen und politischen Fragen festgelegt, mit denen sich der Rat in diesem Zeitraum befassen soll. Auf dieser Grundlage erstellt anschließend jeder der drei Mitgliedstaaten ein eigenes, detaillierteres Programm für seine jeweilige sechsmonatige Ratspräsidentschaft.

Für den Zeitraum von Juli 2026 bis Dezember 2027 haben Irland, Litauen und Griechenland ihre Zusammenarbeit unter drei übergeordneten Leitgedanken zusammengefasst: ein **freies und demokratisches Europa**, ein **starkes und sicheres Europa** sowie ein **wohlhabendes und wettbewerbsfähiges Europa**. Zu den wichtigen Themen gehören unter anderem die Rechtsstaatlichkeit, die Erweiterung der Europäischen Union, die weitere Unterstützung der Ukraine, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Migration, Energieversorgung sowie die grüne und digitale Transformation.

Ab Januar 2028 werden Italien, Lettland und Luxemburg gemeinsam den nächsten Dreiervorsitz bilden.

II. Die Prioritäten der irischen Ratspräsidentschaft

Für seinen Vorsitz hat Irland das Motto „Ní neart go cur le chéile“ (Strength with unity – Stärke mit Einigkeit) gewählt³. Das Arbeitsprogramm konzentriert sich auf drei zentrale

³ Vgl. ‚Irish Presidency of the Council of the European Union‘, Rat der Europäischen Union, 10. Juni 2026 < <file:///C:/Users/0101-Or->

<thL/Downloads/irish-presidency-of-the-council-of-the-european-union-2026.pdf>> [Zuletzt geprüft am 03.09.2026].

Bereiche: die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, den Schutz und die Förderung der europäischen Grundwerte sowie die Sicherheit Europas.

Ein zentraler Schwerpunkt des irischen Programms ist die Stärkung **der Wettbewerbsfähigkeit Europas**. Dazu sollen der Binnenmarkt weiterentwickelt, Innovationen gefördert und die Digitalisierung vorangetrieben werden. Geplant sind unter anderem Fortschritte bei der europäischen Industriepolitik, der Förderung neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz und Halbleitern sowie bei der Reform des öffentlichen Beschaffungswesens. Auch die Weiterentwicklung des digitalen Euro, der Kapitalmarkt- und Spar- und Investitionsunion sowie Maßnahmen zur Vereinfachung steuerlicher Regelungen stehen auf der Agenda.

Für die rheinland-pfälzische Wirtschaft besonders relevant sind die sogenannten **Om-nibuspakete**. Dabei handelt es sich um Gesetzgebungspakete, mit denen bestehende europäische Regelungen gebündelt geändert und insbesondere Berichtspflichten und andere regulatorische Belastungen reduziert werden sollen. Ein prominentes Beispiel ist die Reform der Nachhaltigkeitsberichterstattung⁴. Infolge der neuen Regelungen wird die Zahl der Unternehmen, die entsprechenden Berichtspflichten unterliegen, deutlich reduziert.

⁴ Vgl. ‚Richtlinie 2026/470‘, Europäische Union, 24. Februar 2026 < <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32026L0470&qid=1788274890999> > [Zuletzt geprüft am 01.09.2026].

⁵ Vgl. ‚Stellungnahme des Bundesvereinigungen der kommunalen Spitzenverbände und des VKU zur bevorstehenden Reform des europäischen

Auch eine Reform des europäischen **Beschaffungswesens** ist insbesondere für die kommunale Ebene von Bedeutung. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hatte sich bereits im Januar 2026 für eine Anhebung der EU-Schwellenwerte und eine Vereinfachung des Regelwerks ausgesprochen⁵. Ein entsprechender Legislativvorschlag der Europäischen Kommission wurde am 9. September 2026 veröffentlicht⁶.

Darüber hinaus unterstreicht Irland die Bedeutung der **europäischen Grundwerte**. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bilden aus Sicht der irischen Ratspräsidentschaft das Fundament der Europäischen Union und sollen entsprechend geschützt und gestärkt werden.

Irland betont, dass diese Werte innerhalb der EU ebenso wie international aktiv verteidigt werden müssen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der **digitalen Dimension** zu. Die irische Ratspräsidentschaft will Bürgerinnen und Bürger sowie die Gesellschaft insgesamt besser vor Desinformation und anderen Bedrohungen im digitalen Raum schützen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Schutz von Kindern. Unter anderem sollen Maßnahmen für einen wirksamen digitalen Altersnachweis und die Einführung eines digitalen Mindestalters vorangetrieben werden.

Vergaberechts‘, DSTGB u.a., 26. Januar 2026 < https://www.landkreistag.de/images/stories/pdf/260126_Stn_EU-Vergaberecht.pdf > [Zuletzt geprüft am 01.09.2026].

⁶ Vgl. ‚Vorschlag zur Verordnung COM (2026) 590‘, EU-Kommission, 09. September 2026 < [59557310-3af0-426d-b6b6-0357b650065f_en](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32026V0590) > [Zuletzt geprüft am 09.09.2026].

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der europäischen **Sicherheits- und Verteidigungspolitik**. Vor dem Hintergrund des anhaltenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der Konflikte im Nahen Osten sollen die europäischen Verteidigungsfähigkeiten ausgebaut und Investitionen in die Sicherheit Europas verstärkt werden. Die irische Ratspräsidentschaft will daher Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur voranbringen.

Irland selbst verfolgt eine Politik der militärischen Neutralität, unterstützt jedoch eine stärkere Verteidigungskooperation innerhalb der Europäischen Union sowie die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO. Auch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU soll weiterentwickelt werden.

Im Bereich der inneren Sicherheit setzt Irland unter anderem auf **ProtectEU**, mit dem die europäische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität sowie deren Finanzierungsstrukturen gestärkt werden soll⁷. Außerdem sollen Menschen- und Waffenschmuggel wirksamer bekämpft und die Sicherheit von Häfen und kritischer Infrastruktur erhöht werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die **Migrations- und Asylpolitik**. Irland will die Umsetzung des europäischen Migrations- und Asylpakts begleiten und vorantreiben, das Gemeinsame Europäische Asylsystem stärken und

Maßnahmen unterstützen, die Rückkehrverfahren effizienter gestalten. Dazu gehört auch die bessere Digitalisierung von Rückführungsdaten.

Für Rheinland-Pfalz sind die sicherheitspolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene aus mehreren Gründen relevant. Als wichtiger Standort deutscher und amerikanischer Streitkräfte betreffen Investitionen in Verteidigungsstrukturen das Land sowohl unter sicherheitspolitischen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Europäische Union unterstützt entsprechende Investitionen unter anderem durch den sogenannten *ReArm Europe Plan* und weitere Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie⁸.

III. Ausblick auf zentrale europäische Dossiers

Während ihres Besuchs im Ausschuss hob Botschafterin Maeve Collins insbesondere die Verhandlungen über den **nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen** der Europäischen Union hervor⁹. Ziel der irischen Ratspräsidentschaft ist es, im Rat eine gemeinsame Position zum EU-Haushalt für die Jahre 2028 bis 2034 zu erreichen. Bei Haushaltsverhandlungen, so die Botschafterin, müsse am Ende ein Kompromiss gefunden werden, mit dem nicht notwendigerweise alle Beteiligten vollständig zufrieden seien.

⁷ Vgl. „ProtectEU – eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit“, Europäische Kommission, 01. April 2025 < <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0148> > [Zuletzt geprüft am 02.09.2026].

⁸ Vgl. „Acting on defence to protect Europeans“, Europäische Kommission, 19. November 2025 < https://commission.europa.eu/topics/defence/future-european-defence_en > [Zuletzt geprüft am 02.09.2026].

⁹ Vgl. Sitzungsprotokoll (Fußnote 1).

Die Positionen der Mitgliedstaaten über die Höhe und Verteilung der künftigen EU-Finanzmittel liegen teilweise weit auseinander¹⁰. Die Europäische Kommission hatte bereits im Juli 2025 einen Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 mit einem Volumen von knapp zwei Billionen Euro vorgelegt. Während einige Mitgliedstaaten eine Begrenzung der Ausgaben fordern, stehen andere insbesondere Kürzungen bei der Kohäsionspolitik oder der Gemeinsamen Agrarpolitik kritisch gegenüber. Die irische Ratspräsidentschaft strebt dennoch an, bis zum Ende des Jahres einen Kompromiss zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen.

Auch Rheinland-Pfalz ist unmittelbar von den Entscheidungen über den künftigen EU-Haushalt betroffen. Das Land profitiert unter anderem von **europäischen Kohäsionsmitteln**, mit denen Projekte zur Stärkung der regionalen Wirtschaft, zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt werden. Die Ausgestaltung des nächsten Finanzrahmens ist daher auch für die zukünftigen Fördermöglichkeiten in Rheinland-Pfalz von erheblicher Bedeutung.

Ein weiteres wichtiges Dossier ist die geplante Überarbeitung des **europäischen Emissionshandelssystems** (EU-EHS). Die Europäische Kommission legte hierzu im Juli

2026 einen Vorschlag vor, der insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und deren Dekarbonisierung stärker miteinander verbinden soll. Einige Mitgliedstaaten sehen für das gesamte System aber noch weiteren Anpassungsbedarf¹¹. Auch hier wird es Aufgabe der Ratspräsidentschaft sein, unterschiedliche Positionen zusammenzuführen und möglichst eine gemeinsame Position des Rates zu erreichen – in Bezug auf die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten ist ihr dabei ein erster Erfolg geglückt¹².

IV. Fazit

Die Ratspräsidentschaft bietet dem jeweils vorsitzenden Mitgliedstaat erhebliche Möglichkeiten, die politische Arbeit des Rates zu koordinieren und Verhandlungen voranzubringen. Sie verfügt jedoch nicht über eine eigene Entscheidungsmehrheit und kann die Positionen der anderen Mitgliedstaaten nicht allein bestimmen. Ihr politischer Einfluss beruht daher vor allem auf ihrer Fähigkeit, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen und Kompromisse zu vermitteln.

Für die irische Ratspräsidentschaft wird dies insbesondere bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen, bei Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und beim europäischen Emissionshandel von Bedeutung sein.

¹⁰ Vgl. ‚Die „Sparsamen“ in der EU kämpfen um Einsparungen‘, dpa Handelsblatt, 27. August 2026 < <https://www.handelsblatt.com/politik/international/streit-ums-eu-geld-die-sparsamen-in-der-eu-kaempfen-um-einsparungen/100250209.html> > [Zuletzt geprüft am 31.08.2026].

¹¹ Vgl. Ben Makuch, ‚EU sets up biggest climate fight of 2026 by slamming brakes on carbon market‘, Politico, 16. Juli 2026 <

<https://www.politico.eu/article/eu-climate-change-fight-carbon-market-emissions-trading-system/> > [Zuletzt geprüft am 10.09.2026].

¹² Vgl. ‚EHS: Rat einig über gezielte Maßnahmen zum Schutz energieintensiver Sektoren vor Verlagerung von CO₂-Emissionen‘, Rat der Europäischen Union, 16. September 2026 <[EHS: Rat einig über gezielte Maßnahmen zum Schutz energieintensiver Sektoren vor Verlagerung von CO₂-Emissionen - Consilium](#)> [Zuletzt geprüft am 17.09.2026].

Zugleich stehen die Themen Sicherheit, Migration und die Unterstützung der Ukraine weiterhin im Mittelpunkt der europäischen Politik.

Der Besuch der irischen Botschafterin im Landtag verdeutlichte damit nicht nur die politischen Schwerpunkte des irischen Vorsitzes, sondern auch die enge Verbindung

zwischen europäischer Politik und den Interessen des Landes Rheinland-Pfalz. Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, betreffen nicht nur die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene, sondern reichen unmittelbar in die Regionen, Kommunen und Unternehmen hinein.